

## ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

**Absender:**

Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv  
Anzahl aufgedeckter Fälle Sozialmißbrauch

**Beratungsfolge:**

06.02.2018 Sozialausschuss

**Anfragetext:**

Siehe Anlage

**Kurzfassung**

entfällt

**Begründung**

siehe Anlage

## Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung  
*(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)*

sind nicht betroffen



HAGEN AKTIV  
Fraktion im Rat der Stadt Hagen, Rathausstraße 11, 58095 Hagen

An die Vorsitzende des Sozialausschusses  
Frau Ramona Timm-Bergs  
Rathausstr. 11  
58095 Hagen

**Fraktion im Rat der Stadt Hagen**  
Telefon • 02331 207-5529  
Fax • 02331 207-5530  
E-Mail • [fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de](mailto:fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de)  
Internet • [www.fraktion-hagen-aktiv.de](http://www.fraktion-hagen-aktiv.de)

18. Januar 2018

**Anfrage nach § 5 GeschO: Anzahl aufgedeckter Fälle Sozialmissbrauch**

Sehr geehrte Frau Timm-Bergs,

ich bitte um die Aufnahme des nachfolgenden Tagesordnungspunktes und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen in der Sitzung des Sozialausschusses am 06. Februar 2018:

- 1. Wieviele Fälle von Sozialmissbrauch konnte die Task Force bei der von ihr kontrollierten Klientel im Jahr 2017 insgesamt feststellen?**
- 2. In welcher Höhe mussten nach festgestelltem Missbrauch Sozialleistungen nicht mehr gewährt werden?**

**Begründung:**

In der Ausgabe der Westfalenpost vom 18.01.2018 wird berichtet, dass eine Task Force aus Stadtverwaltung, Jobcenter, Polizei und Zoll regelmäßig die Zuwanderer aus Südost-Europa aufsuche, um diese zu überprüfen. Dabei werde neben anderen Kriterien auch der Bezug von Sozialleistungen geprüft. Nachdem Leistungen inzwischen wieder für einen Zeitraum von sechs Monaten gewährt werden müssten, sei die Zahl der Zuwanderer, die Anspruch erheben können, wieder gestiegen. Insgesamt erhielten im August 2017 1307 erwerbsfähige Erwachsene rumänischer oder bulgarischer Nationalität in Hagen Arbeitslosengeld II. Diese sollen mit der Anfrage keineswegs unter Generalverdacht gestellt werden, es geht lediglich darum, festzustellen, wieviel Fälle aufgedeckt werden konnten.

Mit freundlichen Grüßen

Klemens Müller  
(Mitglied Sozialausschuss)

f. d. R.: Karin Nigbur-Martini  
(Fraktionsgeschäftsführerin)

**Anfrage vom 18.01.18**

- 1.) Wieviele Fälle von Sozialmissbrauch konnte die Task Force bei der von ihr kontrollierten Klientel im Jahr 2017 insgesamt feststellen?**
  
- 2.) In welcher Höhe mussten nach festgestelltem Missbrauch Sozialleistungen nicht mehr gewährt werden?**

**zu 1.)**

Das Jobcenter war in 18 Terminen an der Kontrolle von 153 Immobilien beteiligt. Hierbei wurden in 82 Fällen weitergehende Sachverhaltsüberprüfungen seitens des Jobcenters vorgenommen.

**zu 2.)**

Nach derzeitigem Kenntnisstand führten diese weitergehenden Prüfungen in 40 Fällen zu Einstellung oder Reduzierung von Leistungen i.H.v. insgesamt ca. 121.000 € (davon 75.000 € in der Kostenträgerschaft Bund und 46.000 € in der Kostenträgerschaft Kommune).